

Bern, 16. Juni 2011

Schlagwortkrieg im Wahlkampf wider die Interessen der Studierenden **Der Nationalrat hat mit der Beratung des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) begonnen.**

Der Nationalrat hat mit der Detaildebatte zum HFKG begonnen und nimmt dankbar die Bälle des Ständerates auf. Über Stunden wird über die Wertung der Hochschultypen innerhalb des Gesetzes diskutiert und der Mitbestimmung der Wirtschaftsvertretung gehuldigt. Der VSS verfolgt die Diskussion besorgt.

Die Fokussierung auf die Einbindung der Interessen der Berufsbildung und der Wirtschaft droht über längere Zeit keine Stärkung des dualen Bildungssystems zu erreichen. Werden über ungeschickte Entscheide des Parlaments, Freiheit von Forschung und Lehre beschnitten, werden sich wieder Schattengremien entwickeln, die den Ansprüchen von Transparenz und Demokratie entgegenwirken. Die Fachhochschulen sind die Gewinnerinnen dieses Gesetzes – auch ohne die momentan diskutierten Anträge im Nationalrat.

Mehr Föderalismus, mehr Wettbewerb, mehr Exzellenz, mehr Demokratie (und mehr Studiengebühren) werden gefordert. Die Widersprüche, die diesen divergierenden Forderungen unbedingt erwachsen müssen, sind offensichtlich nicht von allen verstanden worden. Der VSS verfolgt die Diskussion, die aus diesem Schlagworte-Je-Ka-Mi entstanden ist, besorgt mit. Die Komplexität der Schweizer Hochschullandschaft wird in einem Mixmodell aus Föderalismus und Koordination nicht abnehmen. Ein einfaches Hochschulgesetz für die Schweiz zu fordern, wird mit den Bundesverfassungsartikel nicht möglich sein.

Die einseitige Fokussierung auf sogenannte wissenschaftliche Exzellenz bei gleichzeitiger Forderung nach Berufsqualifikation kann bei den Universitäten und den ETHs zu gravierenden Konsequenzen für die Zukunft der Wissenschaft führen. Es ist sinnvoll bei den Fachhochschulen eine klare Arbeitsmarktorientierung zu fordern – diese Anbindung soll in erster Linie aber in der Ausgestaltung der Studiengänge stattfinden; nicht in der Steuerung über die gesamte Hochschullandschaft.

Der VSS empört sich über die Ausspielung von Interessen der verschiedenen Hochschultypen. Die Studierenden, unabhängig von ihrer Wahl des Hochschultypus, verlangen, dass sie die bestmögliche Bildung mit erarbeiten können. Die Studierenden haben das HFKG vorweggenommen und der VSS umfasst Studierendenschaften aller Hochschultypen und beider grossen Sprachregionen. Offensichtlich ist die gesunde Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Hochschultypen bei einer Mehrheit des Nationalrats nicht mehr möglich – traurig, dass Gefälligkeitsstreben und Wahlkampf wichtiger sind als wissenschaftliche Entwicklung und Reflektion.

Der VSS hat in seinen Stellungnahmen zu den Vorlagen des HFKGs bisher vor allem zwei Punkte beanstandet. Die mangelnde Mitbestimmung der Hochschulangehörigen und die neuen Finanzierungsstrukturen. Die Studierenden sollten in Zukunft das Recht erhalten in der Plenarversammlung des Hochschulrates einzusitzen; im europäischen Vergleich ist das immer noch dürftig. Die Richtung hin zur Verteilung der Gelder nach Output Kriterien, die nicht spezifiziert werden, wertet der VSS als eine der deutlichsten Schwachstellen des Gesetzes. Es ist beispielsweise nicht klar, ob die Kriterien als Bonus-Malus System zu verstehen sind. An diesen Schwächen wird auch die Nationalratsdebatte nichts ändern.

Der VSS lebt die Gleichwertigkeit bei Andersartigkeit mit all den daraus resultierenden Herausforderungen. Vielleicht wäre es an der Zeit, dass das Parlament von den Studierenden lernt. Die Hochschulgesetzgebung würde davon profitieren.

Für mehr Informationen:
Rahel Imobersteg, Generalsekretärin VSS
079 297 70 38